

Stimmen

Sozialdemokratische Tages

Halle und den Bezirk Merseburg

Der „Volksbote“ erscheint mit täglichen Ausgaben. Er ist Publikations-Organ der sozialdemokratischen Organisationen und amfassen des Organ der Arbeiterbewegung in der Provinz Sachsen. Der Preis beträgt 15 Pfennig. — Invertierten eingekauftes Manuskripten ist kein Platz.

Der erste Teil heißt: **Antifaschismus!**
Der zweite Teil heißt: **Disziplin!**
Der dritte Teil heißt: **Kampfabteilung!**
Der vierte Teil heißt: **Die Front in der Arbeiterbewegung!**

Bezugspreis monatlich 1.80 und 2.00 RM. Subskriptionspreis, insgesamt 2.10 RM., für 6 Monate abendwärts 0.45 RM., 12 Monatshefte 2.10 RM., durch Postums angefordert 2.50 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2.40 RM. — Einzelhefte 13 Pf. im Einzelverkauf und 20 Pf. im Restverkauf der 1000er Lose. Hauptgeschäftsstelle: St. Marienstraße 6, 24605, 24607, 20005. Verlagsort: Halle (Saale) 2019 1932.

Papen, Hugenberg und Hitler wollen ihre Elendspolitik verschleiern / Sie schreiben sich Briefe ...

Nun erst recht — Liste 1

Nur der Sozialismus überwindet Not und Elend

Unser Otto Braun an die Eiserne Front der Freiheit!

Die Nazis, Papen und Hugenberg schreiben sich gegenseitig Briefe, in denen sie dem kranzigen Versuch machen, ihre Elendspolitik zu verschleiern. Dieser Versuch muß mißlingen. Das ganze deutsche Volk hat in wenigen Wochen erkannt, was es heißt, wenn eine Regierung am Werke ist, die den Wahlfahrtsakt hat. Wägen die Elendspolitiken in den letzten Tagen vor der Wahl leben, beschreiben und zu was sie wollen: Wir antworten auf alles: Nun erst recht Liste 1. Wir wollen den Sozialismus durch den Sieg der Sozialdemokratie, durch den Sieg der Eiserne Front. Erst der Sozialismus wird alle Notverbordnungen, alle Not und alles Elend überwinden!

Nun hat das Kabinett der Barone vier Tage vor der Wahl seine Bundesgenossenschaft mit den Parteien der Reaktion offen gegeben. Ganz der willigen Knechtungsbedienste der Nationalsozialisten, die sich von der Verantwortung für die Hitler-Notverbordnung zu entlasten versuchen, ist in den letzten Tagen eine weitgehende Klärung eingetreten. Die Standpunkte des Reichswehrministers Schleicher mit ihrer tiefen Verbeugung vor Hitler hat die Zusammenhänge zwischen dem Kabinett der Barone und der NSDAP. klargestellt.

Nun wird ein programmatischer Briefwechsel zwischen Hugenberg und Papen veröffentlicht, der das Zusammenhänge zwischen den Reichsnationalen und dem Kabinett der Barone offen darlegt. Hugenberg ist in einem Schreiben an Papen Kritik in der Hungernotverbordnung und an dem Vertrag von Lausanne und trägt im Anschluß daran ein finanzpolitisch-wirtschaftspolitisch Programm von großer Bedeutung vor. Papen bezeugt sich vor dieser Kritik und akzeptiert das Hugenberg'sche Programm in wesentlichen Teilen.

Die Kritik Hugenberg's an der Hungernotverbordnung spricht von Härten, die bei vielen Betroffenen eine verheerende Lage erzeugen. Damit ist selbstverständlich nicht der Willen der Reichsregierung unter Führung und der Wahlfahrtsunterstützung, nicht die Klärung der Kriegserrenten, nicht der eigentliche Willen der Sozialversicherung gemeint. In diesen Punkten ist die Reaktion um Hugenberg mit der Regierung Papen und mit den Nationalsozialisten völlig einer Meinung. Die Regierung's Erklärung gegen den Staat als Wahlfahrtsankalt mit ihrer Behauptung, daß der Ausbau der Sozialversicherung das deutsche Volk korumpiert habe, ist vielmehr Geist von Geiste Hugenberg's. Es geht Hugenberg vielmehr um den Besitz. So entwickelt er als Voraussetzung der Realisierung des Bonifaner Vertrags durch die Deutschnationalen ein Programm der Schuldenfreierung und Zinsherabsetzung.

Darin ist enthalten der Plan, eine autonome Herabsetzung der deutschen privaten Auslandsschulden durchzuführen. Der Reichskanzler hat darauf eine Antwort erteilt, die eine vollständige Akzeptierung des Hugenberg'schen Programms darstellt. In dieser Antwort wird zunächst der Versuch unternommen, die Verantwortung für die Hungernotverbordnung früheren Regierungen zuzuschreiben. Diesen Versuch der Reichsregierung, in letzter Stunde vor der Wahl ihre Verantwortung für ihre eigenen reaktionären Anschläge gegen das Volk zu verschleiern, weisen wir auf das schärfste zurück! Für die unerträgliche Klärung der Hilfe für die erwerbslosen Opfer der Krieg-

schicksale, für die Klärung der Kriegserrenten, für die Geldsteuer, für die Klärung der Umsatsteuer bei der Kabine der Barone genug allein die Verantwortung zu tragen. In den Wägen, die Herr von Papen von der Regierung bezeugt übernommen hat, befinden sich diese härtesten und reaktionärsten Verschleier der Notverbordnungen vom 14. Juli nicht.

Weber mit diesen Maßstäben noch mit Kautschuküberredungen einer künftigen Regierung wird die Eiserne Front der Arbeiterbewegung nicht überleben!

Als die Regierung Braun-Geboring dem Kabinett der Barone die sozialen Härten der Hungernotverbordnung vorgebracht hat, hat das Kabinett der Barone geantwortet mit der Reichsregierung gegen Preußen.

Als die Vertreibung der sozialistischen Reaktion Hugenberg dem Kabinett der Barone seine reaktionären kapitalistischen Wägen vorgebracht hat, hat das Kabinett der Barone geantwortet mit der Akzeptierung seines reaktionären Programms!

Gestützt auf Hitler ist das Kabinett der Barone ins Amt getreten, hat es seine Wägen an den Wahlfahrtsakt erteilt, hat es die Hungernotverbordnung gegen die deutsche Arbeiterfront und gegen die erwerbslosen Opfer der Krise des Kapitalismus hinterlassen.

Gestützt auf Hitler, gemeinsam mit Hugenberg will das Kabinett der Barone weiter vorwärtsschreiten auf dem Wege der Reaktion.

Verfassungswidrig steht am Schluß der Antwort Papen's an Hugenberg:

„Die Reichsregierung ist mit der Bearbeitung aller dieser Fragen seit geraumer Zeit beschäftigt und wird in den kommenden Wochen ihre grundsätzlichen Maßnahmen zur Durchführung bringen.“

Neue Notverbordnungen des Kabinetts der Barone in Sicht!

„Voll, hat' es! Nach ist es in meiner Hand, die reaktionären Anschläge des reaktionären Dreikönigs Papen-Hugenberg-Hugenberg zu durchkreuzen.“

Breuer endlich frei!

Denunziation schmählich zusammengebrochen

Genosse Robert Breuer ist gestern mittig endlich in Freiheit gesetzt worden! Als Opfer einer niederträchtigen verlogenen Denunziation wurde er am Sonnabendmorgen in Schutzhaft genommen. Obgleich die Falllosigkeit der Anschuldigungen gegen ihn sofort erwieben werden konnte, wurde er nicht in Freiheit gelassen!

Nach gestern, nach dem Ende des Belagerungszustandes, wurde er durch bürokratische Nabelstichpolitik weiter in Polizeihaft gehalten.

Severings Anklage

Regierung Papen muß schweigend befähigen

Zu dem aufsehenerregenden Artikel Carl Severings wies die Reichsregierung vorläufig überhaupt nichts zu sagen. Sie gibt sogar zu, daß zur Zeit der bestimmten „Befragung“ in der Reichsanlei bereits Dr. Bracht durch sein Büro anfragen ließ, ob er den Leiter der preussischen Polizeibehörde, Ministerialdirektor Dr. Klausener, kurz nach 10 Uhr antreffen würde.

Rundfunk für unser Recht gesperrt ...

Papen, hören Sie!

Offener Brief Otto Brauns an den Urheber der Aktion gegen Preußen

Herr Reichskanzler!

Da ich auf mein Schreiben vom 22. dieses Monats ohne Antwort geblieben bin, woraus ich wohl entnehmen muß, daß Sie mir nicht Gelegenheit geben wollen, Ihnen im Rundfunk zu erwidern, lege ich mich genötigt, Ihnen auf Ihre Rundfunkrede öffentlich durch die Presse zu antworten.

Die Gründe Ihres in der Verfassungsgeschichte konstitutionell registrierter Bundesbeschlusses ohne Beispiel dastehenden Vorgehens haben Sie gemäß brieflicher Mitteilung an mich in Ihrer Rundfunkrede am 20. Juli dargelegt. In dieser Rede erheben Sie gegen die preussische Staatsregierung schwerwiegende Beschuldigungen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Ich bin der Ansicht, daß ein leitender Staatsmann, noch dazu in dieser Situation, nicht verdränglichen durfte, sondern sachlich begründen mußte. Keine Ihrer Behauptungen ist in einer Form vorgebracht, die eine sachliche Reappräsentation möglich macht.

Es ist Ihnen daher auch nicht gelungen, nachzuweisen, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen die preussische Staatsregierung gegeben waren. Denn diese Voraussetzungen — Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, deren die Staatsregierung aus eigener Kraft nicht hätte Herr werden können oder wollen, oder ein anderer gefährdender Notfall — waren einfach nicht vorhanden und können auch mit Gewalt nicht konstruiert werden.

Es ist unrichtig, daß, wie Sie sagten, „die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der Kommunistischen Partei zu treffen“. Die preussische Staatsregierung, die noch wenige Tage vor den Landtagswahlen politische Hausungen bei der Kommunistischen Partei hatte vornehmen lassen, weil der Verdacht gelegentlicher Handlungen vorlag, ist jeder staatsfeindlichen gegen die Verfassung verstoßenden Betätigung der links- und rechtsradikalen Parteien mit gleichen Mitteln auf das schärfste entgegengetreten. Weder als ein heutiger Reichskanzler hat im Verlaufe meiner zwölfjährigen Ministerpräsidentenzeit der Staatsregierung und mir den Dank dafür ausgesprochen, daß die ruhige und stetige Arbeit der preussischen Staatsregierung und ihre ununterbrochen funktionierender Polizeiparapet in schweren deutschen Krisenzeiten dem Reich eine wertvolle Stütze gewesen sei.

Diesem geschäftlichen Verdienste der preussischen Regierung gegenüber können die ohne den Versuch eines Beweisantritts, ohne Angabe von Namen und Zeit wiedergegebenen Gerüchte von der angeblich kommunistenfreundlichen Einstellung „hoher Funktionäre“ oder „eines Polizeipräsidenten“ nicht das mindeste bedeuten.

Es ist ja auch überaus charakteristisch, daß von Ihnen, Herr Reichskanzler, vorher erst gar nicht der Versuch unternommen worden ist, die am 15. des AB. die preussische Regierung davon mit dem Erlaufen aus Mitteilung dieser angeblichen personalpolitischen Wägen zu beherzigen. Ich wünschte nur im Interesse unseres deutschen Volkes, daß die unter Ihrer Leitung, Herr Reichskanzler, stehende Reichsregierung ebenso unabhängig von der Nationalsozialistischen Partei wäre, wie die verfassungsmäßige preussische Regierung von der Kommunistischen Partei!

Wie die preussische Staatsregierung seit Jahr und Tag von den Kommunisten beanant und bekämpft wird, mußten gerade Sie, Herr Reichskanzler, aus der Zeit Ihrer Abgeordnetentätigkeit im

Preussischen Landtag aus eigener Verantwortung wissen. Auch kann ihnen nicht unbekannt geblieben sein, daß im neugewählten Landtag die Kommunisten mit den Nationalsozialisten ebenso wie im alten Landtag, trotz gelegentlicher Kränkungen meist in geschlossener Einheitsfront gegen die preussische Regierung stehen. Der Subel, mit dem nach glaubwürdigen Zeitungsberichten kommunistische Beauftragte die Hände von der Unterstützung meines Kollegen Seering und meiner Person aufgenommen haben, hätte auch Sie stutzig machen müssen.

Ihren Behauptungen, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampfprioritäten vor ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angewachsen wären, und daß nur dort der Wahlkampf so blutig geworden sei, stelle ich neben der Tatsache, daß blutige Zusammenstöße auch außerhalb Preußens vorkommen, die jedem Unvoreingenommenen einleuchtende andere Zeugnisse entgegen, daß bei der starken Industrialisierung Preußens und bei der bei anderen Ländern gegenüber häufigeren Zusammenkunft der Bevölkerung in den Großstädten und Industriezentren mit ihrer besonders hohen Arbeitslosigkeit naturgemäß die größten Unruherde auch in Preußen liegen.

Die eigen in diesen Zentren vorhandene Spitze der politischen Bewegung ist aber aus das bewährteste und unerschütterliche dadurch festgestellt worden, daß entgegen den dringenden Warnungen fast aller Länderregierungen, die in den Überlegungen ihrer langjährigen Politikpreis begründet waren, von der Reichsregierung das Informationsverbot für die NSD nicht nur in Preußen durch ihr gewaltsames Vorgehen auszuweiten, sondern die Nationalsozialistischen Partei aufgehoben und damit der Kampf auf den Straßen aufs neue eröffnet wurde.

Das Verlangen, die preussische Staatsregierung habe grundsätzlich und vornehmlich die Anhänger der Kommunistischen Partei anders als die der Nationalsozialistischen Partei zu behandeln, widerspricht der Reichsverfassung, die nur Staatsbürger einerlei Rechte kennt, die aber eine Regierung allerdings verpflichtet, gegen jede Person, die die Befehle verlegt, gleichgültig zu welcher Partei sie sich bekennt, mit allen Maßnahmen einzuschreiten. Daß durch ein solches Vorgehen des Staates die Nationalsozialisten bei dem weitaus größten und gewalttätigen Störungen der Ruhe und Ordnung ebenso in die Schranken des Befehls zurückgekehrt werden müssen wie die Kommunisten, sollte für jeden verantwortungsbewußten Staatsmann selbstverständlich sein. Das um so mehr, als nicht, wie Sie, Herr Reichstangler, in der Rundfunkrede sagten, allein die Kommunisten „Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen haben“.

Die von rechtsradikaler Seite verübten Mordtaten an den deutschen Reichstanglern Eysenberger und Reysenau, die verabscheuenswürdigsten Feindschüsse und ungeschätzte andere politische Mordtaten sind in der Erinnerung des deutschen Volkes fest in unserer Schicksalsgeschichte eingegraben zu sein, um eine solche Behauptung aus begründet erscheinen zu lassen. Die unaufschiebbaren Drohungen mit „Körperrollen“ und allen anderen möglichen Todesarten für politische Gegner, die seit Jahren ungehindert von prominenten nationalsozialistischen Führern, die die Reichsregierung für verabscheuenswürdig halten, in voller Öffentlichkeit ausgeübt worden sind und werden, haben in mindestens in demselben Maße wie verabscheuenswürdigste kommunistische Mordtaten und Mordtaten des politischen Lebens Gesamtdeutschlands vergiftet.

Wie ich es sonst zu erklären, Herr Reichstangler und Reichstangler, daß auch jetzt unter der Herrschaft des Nationalsozialismus täglich und häufig nationalsozialistische Überfälle auf Leben und Eigentum Andersdenkender zum Teil mit bewaffneter Hand verübt werden?

Ich stelle fernst, daß es unrichtig ist, wenn Sie, Herr

Reichstangler, am Schluß Ihrer Rundfunkrede erklärten, daß die Selbstständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung nicht angeht. Das Recht auf Bestimmung der verfassungsmäßigen Landesregierung durch die Wahl des Ministerpräsidenten steht ausdrücklich und ausschließlich dem Preussischen Landtag zu. Dieses Recht des preussischen Staatsvolkes, durch seine gewählten Vertreter seine preussische Regierung zu bestimmen, kann, solange die Reichsverfassung und die Bestimmung des Landes Preußen respektiert wird, nicht außer Kraft gesetzt werden. Sie, Herr Reichstangler, haben diesen Eingriff in den bundesstaatlichen, durch die Reichsverfassung geschützten Charakter des Landes unternommen. Auf Ihnen, als dem einzigen staatsrechtlich Verantwortlichen, liegt daher die ganze Last dieser Verantwortung.

Ich fasse zusammen: Die von Ihnen in Ihrer Rundfunkrede zusammengefügten Argumente sind nicht überzeugend, um Maßnahmen zu erklären oder zu begründen, die nur als widerrechtlich Eingriffe in die Regierung und Verletzung eines deutschen Landes bezeichnen werden können, das stets die Reichsverfassung musterhaft ausgeübt, die öffentliche Ruhe und Ordnung in schwierigen Zeiten gewahrt und durch seine Unterstützung der Politik der Reichsregierung sehr stark dazu beigetragen hat, diejenigen außenpolitischen Fortschritte zu erkämpfen, die wir in den letzten Jahren in mühsamer und heroischer Arbeit zu verzeichnen hatten. Eine Erklärung für Ihre Vorgehen kann ich bestmöglich nur in rein politischen Gründen erblicken, die durch die Verletzung nicht gebot werden.

Durch die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen ist einleuchtend nach jedem unvoreingenommenen Sachverstand die Bestimmung des Deutschen Reiches wie des preussischen Preußen verletzt worden. Die Einheit des Reiches, das wertvollste Gut des deutschen Volkes, das wir uns 1918 durch die Begründung des demokratischen Volksstaates nach dem Zusammenbruch des Dynastienstaates erhalten konnten, ist durch diese unbedingten Eingriffe auf das äußerste gefährdet. Nur die vorbildliche Disziplin und Befolgung der republikanischen Parteien hat uns bei diesem, von schweren Eingriffen in die Staatsbürgerliche Freiheit begleiteten, nach meiner Auffassung verfassungsmäßigen Vorgehen vor Staatsverfall und Bürgerkrieg bewahrt. Ihre staatsrechtliche Verantwortung als gegenseitiger Reichstangler mit Ihre historischen und politischen Verantwortung für das Geschehene und für das, was aus dem verübten Unrecht noch weiterer Nachteiliges und Gefährliches für das deutsche Volk entstehen kann, vor unserem Volk und vor der Welt festzustellen, ist meine Pflicht, von Ihnen widerrechtlich an der Ausübung seines Amtes verhindert. Ich der preussischen Staatsregierung.

Somit an Sie, Herr Reichstangler! An meine Parteigenossen und an alle Republikaner aber richte ich die dringende Bitte, trotz unserer hier gegen das unangenehme Unrecht aufstehenden Empörung weiter ruhiges Blut zu bewahren. Nachdrücklich als alle Reichsverbände und Einzelpersonen, vor allem aber als jede Anstalt gegen die augenblicklich herrschende Gewalt mit der ruhigen und überlegte Protest wirken, mit dem wir am 31. Juli unsere Treue zur Verfassung und zum freien Volksstaat bekräftigen und jedem weiteren gefährlichen Experiment den Boden entziehen.

Der Ausgang der Wahl muß der Reichsregierung beweisen, daß auch ein solches Argument der Macht stützendes Vorgehen unzulässig ist dem moralischen Widerstand eines Volkes sozialisieren kann, das nicht gewillt ist, auf seine freie Freiheit zu verzichten und das sich durch niemanden, wer es auch ist, in politische Unfreiheit und Schicksalstriebe zurückwerfen lassen wird!

Otto Braun, Preussischer Ministerpräsident.

Die Geldsack-Bonzen Hitters Freunde und Söhne vor Gericht

In dem Prozeß gegen die Generaldirektoren der Reichlichen Elektrizitätswerke in Dortmund fällt das Gericht an Mittwoch nach vierstündiger Verhandlung das Urteil. Generaldirektor Dr. h. c. Krose erhält wegen Untreue in zwei Fällen je zwei Monate Gefängnis. Beide wurden außerdem noch zu je 6000 M. Geldstrafe verurteilt.

Krose und Hischer können sich nicht befragen, zu hart angefaßt worden zu sein. Ihre Fall ist eine einzige Überlegung der Reichs, Sozialdemokraten und Gewerkschaften hätten die Wirtschaft ruinieren. Wer die Wirtschaft ruinieren, zeigt treffend die Begründung des Dortmund Urteils.

Erfurcherend solle — so heißt es in der Urteilsbegründung — für die Angeklagten ein Gericht, daß ihnen als Generaldirektoren eines der größten deutschen Elektrizitätswerke eine Vertrauensstellung ungewöhnlichen Ausmaßes gegeben worden sei und ihnen mit diesen Posten eine außerordentliche wirtschaftliche Vornachstellung anvertraut gewesen wäre. Die Angeklagten seien aber in geradezu ungläubiger Weise mit den Geldmitteln der Allgemeinheit umgesprungen und hätten ein unerhörtes Inzuchtverbrechen begangen.

Razi-Dapen diffamiert im Reichsrat Minister Hirsfelder nicht als Reichsratsvertreter gewählt

In einer Ausschussung des Reichsrats spielte sich am Mittwochmorgen ein sehr dramatischer Vorfall ab. Es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion der Dapen-Regierung gegen die preussische Staatsregierung und zeigt, daß die gewaltigen ihres Amtes entlassenen preussischen Minister nicht gewählt sind, sich mit der Dapen-Aktion auch nur einen Augenblick abspielen.

An der Ausschussung des Reichsrats war für die noch wie vor allein zur Vertretung Preußens berechnete preussische Staatsregierung der stellvertretende preussische Ministerpräsident Dr. Hirsfelder erschienen. Der Reichsminister Freyher von Gamp erklärte deshalb, daß er in Gegenwart Hirsfelders die Verhandlungen nicht eröffnen werde.

Als Minister Hirsfelder unbekümmert darum im Saal verblieb, drohte Reichsminister Freyher von Gamp — wohlgerichtet der Verfassungsmäßig des Deutschen Reiches — ihn mit Gewalt aus dem Saal entfernen zu lassen. Minister Hirsfelder legte namens der preussischen Staatsregierung höchste Verwahrung gegen diesen neuen Gewaltakt der Reichsregierung ein. Er verteidigte dann die Sitzung, um dem Reichsrat das entscheidende Schauspiel eines solchen Rechtsbruchs zu erproben.

Am Mittwochmorgen war bereits in einer Geschäftsordnungsdebatte im Reichsratsausschuß für die Anordnungsverfahren eine formelle Rechtsverwahrung von den meisten Räten gegen die Ausschussungsverhandlungen eingelegt worden, weil die preussischen Stimmen durch die Reichsregierung instruiert werden. In der Ausschussung am Nachmittag, in der die Richtlinien der Reichsregierung für den Razi-Dapen beraten werden sollten, wiederholten sich nach Dapen und später auch die Vertreter anderer Länder diese Rechtsverwahrung. Sie beteiligten sich jedoch an der sachlichen Beratung der Razi-Dapenfragen.

Dor den Verhandlungen im Reichsrat ließ die Regierung der Razi-Dapen den Mitgliedern der Regierung Braun mitteilen, daß sie ihrer Funktionen als Bevollmächtigte Preußens zum Reichsrat entbunden seien.

Von dem neuesten Gewaltakt der Dapen-Regierung wird die verfassungsmäßige Funktion des Reichsrats erheblich betroffen.

Eisenbahnunglück in Berlin

Auf dem Bahnhof Gesundbrunnen ereignete sich gestern nachmittags ein schwerer Zugzusammenstoß. Der aus Straßburg kommende Personenzug, der um 17.19 Uhr aus dem Steintener Bahnhof einlaufen sollte, fuhr kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof mit einer Rangierlokomotive zusammen. Der Zusammenstoß war so stark, daß mehrere Wagen des Personenzuges aus den Schienen gehoben wurden und schwer beschädigt wurden.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Berlin teilt mit: Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei dem Eisenbahnunglück bis 21 Uhr 2 Tote und 50 Verletzte geborgen. Unter den Verletzten befinden sich mehrere Schwerverletzte. Eine der beiden Toten konnte bisher noch nicht identifiziert werden. Sie befindet sich im Leichenschauhaus. Bei

der zweiten Toten handelt es sich um die Ehefrau Sinkschost aus Berlin. Ihr Mann ist schwer verletzt.

Die Schuldfrage an dem Gesundbrunnen Eisenbahnunglück ist noch ungeklärt. Der Lokomotivführer der Rangiermaschine verlor in dem Augenblick des Zusammenstoßes die Nerven und ließ davon. Sein Ausfall konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Tragt Freiheitspfähle!!!

Zum letzten Schlag!

Am Sonntag schiedet das deutsche Volk sein künftiges Geschick. Ein Wahlkampf unerhört, wie ihn die deutsche Geschichte noch nie erlebt, liegt dann hinter uns Millionen Männer und Frauen standen als begeistertste Streiter in der Eisernen Front. Die drei Pfeile waren das Symbol unseres Kampfes: Aktivität, Disziplin, Einigkeit

Es geht um die Freiheit!

Hunderte unserer Mitkämpfer haben ihre Treue im Kampfe für die Freiheit mit ihrem Blute bezahlt. Kein Terror, keine Drohung, keine Lockung vermochte sie ihre zu machen. Nun steht ihr am Sonntag am Amboß der Zeit; im Zeichen der Eisernen Front unter dem Banner der Sozialdemokratie.

Sie kämpft für politische Freiheit, wirtschaftliche Sicherheit und geistige Erneuerung. Sie kämpft für Abwehr eines Schreckenregiments, das politische Abenteuerer mit dem Golde ihrer Götter aufrichten wollen. Sie kämpft für die Wohlfahrt der Millionen Hilfsbedürftiger und Bedrängter, für die Opfer der Krise und der Arbeit, für die Kriegsbeschädigten, für alle Alten, Schwachen und Armen. Der Staat darf nicht zu einer Wohlfahrtsanstalt der Großkapitalisten, der Bankfürsten und der ostelbischen Großgrundbesitzer werden.

Heraus zur Entschcheidung! Der Stimmzettel ist jetzt der Hammer in eurer Hand. Gebrauch ihn!

Rüttelt die Gleichgültigen, die Irreführten, die Vorzagten auf! Reißt sie mit eurer Begeisterung fort! Formiert die Einheitsfront des kämpfenden Volkes im Zeichen der Eisernen Front: Aktivität, Disziplin, Einigkeit!

Schlagt die Reaktion! Die Banner hoch! Vorwärts und durch! Freiheit!

Berlin, den 27. Juli 1932 Die Reichskampftagung der Eisernen Front



Laßt Freiheitsfahnen wehen!

Es wird gewählt! Das muß jetzt als sicher gelten. Die Offene Front kann sich als Erfolg anrechnen, dem Volk die Bahn freimacht zu haben für seinen Kampfspruch gegen Papen und Hitler. So viel überströmende Momente haben dem Wahlkampf beifolgt, daß auch heute noch in weiten Kreisen Unklarheit besteht, wie am Sonntag gewählt werden soll. Ungehörige bisherige Parteipolitik-Anhänger haben eine Erkenntnis bekommen, daß die Nazi-Partei nicht die Partei für das Volk, sondern gegen das Volk ist. Aber auch viele Kommunisten wollen von ihrer Partei nichts mehr wissen. Aber sie haben noch keine neue politische Heimat. Ihnen müssen wir in den letzten drei Tagen die Wahl erleichtern, ihnen müssen wir uns zeigen. Für Kundgebungen und Demonstrationen ist jetzt die Zeit bereits vorüber, die letzte eindrucksvolle Wirkung liegt bei den sichtbaren Symbolen.

Jetzt gilt es: Fahnen heraus!

Jede Freiheitsfahne mehr gibt dem Straßenbild eine klarere Note, jede Fahne hat ungeheurer werdende Bedeutung. Beißt, daß wir das sind! Auf jede Nazi-Fahne, die jetzt erscheint, müssen zwei Freiheitsfahnen kommen. Wollt ihr, kommt ihr noch zögern? Darum, was eine Fahne heißt, läßt sie nicht in der Ecke stehen, sondern hängt sie zum Fenster heraus. Und wer noch keine Fahne hat, der kann und soll sie sich besorgen im Parteisekretariat der SPD, Part. 42/44.

Laßt Freiheitsfahnen wehen!

Doch nur 25 Bg. Krankeneinlegegebühr

Der Ausschuß der A.D.R. Halle nimmt zum Geschäftsbericht erst am 8. August Stellung.

Die für Mittwoch angefangene gewöhnliche Sitzung des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle hat stattgefunden. Bemerkenswert an ihr ist, daß es nach unseren Freunden und Bekannten gelungen ist, die

Ermäßigung des Krankeneinlegegebührens auf 25 Pfennige

für die Versicherten unter 4 M. Grundlohn durchzusetzen. Also praktische Arbeit zugunsten der Armen, denn in diesen Verhältnissen sind auch die Untersuchungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosige vom Arbeitsamt versichert!

Über die Finanzlage der Kasse

erfuhr man namentlich aus den Zahlen über die Beitragseinzahlungen, daß sie nicht nur die Wirtschaftskrise zum Schuttpfunden bringen, sondern auch die Regierungen der Nazi-Regime. So hat die den Arbeitlosen brutal bittende Propaganda-Unterstützung durch die von den Nazis tolerierte Papen-Notverordnung einen einschlägigen Beitragserückgang im entsprechenden Verhältnis zur Folge.

Da der Geschäftsbereich der Ausschussmitglieder erst einen Tag vor der Ausfertigung zugegangen ist, nahm der Ausschuß nur die Berichterstattung entgegen und beschloß Beratung darüber in einer neuen Ausschusssitzung, die am Montag, den 8. August, festgesetzt wurde. In dieser Sitzung soll auch über den vorgelegten Entwurf der Satzungsänderungen beraten werden. Auch dieser Entwurf der Ausschussmitglieder erst am Sitzungstage zu. Der Geschäftsbericht wird wieder in früheren Sitzungen, in einem besonderen Artikel kritisch wirbigen.

Unsere Sekretären in den Organen der Sozialversicherung ist aber eine erfolgreiche Weiterarbeit im Sinne der Freiheit nur möglich, wenn auch die verschiedensten Massen am kommenden Sonntag ihre Stimmen abgeben für die Liste 1 der Sozialdemokratie.



SPD, Ortsverein Halle

- 9. Ortsbeirat der SPD, Freitag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, im „Gemüthlichen Heim“ Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
- 10. Ortsbeirat, Donnerstag, den 27. Juli, abends 8 Uhr, im „Gemüthlichen Heim“ Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Parteimitglieder ist Ehrenpflicht.
- 13. und 15. Ortsbeirat, Donnerstag, den 28. Juli, 20 Uhr, gemeinsame Bezirksversammlung im Schrebergarten Süd (Bogelweide). Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!
- 14. Ortsbeirat, Wichtige Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 28. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Wasserwinkel“ (Höllberg). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht, wichtige Besprechungen.

Ein alle freigewerkschaftlichen Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre

Ein korporatives „professives“ Einheitskomitee“ laßt die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und Funktionäre zu einer Einheitskonferenz für Freitag nach dem Volldamer ein. Der A.D.R., Ortsverein Halle, hat mit diesem Einheitskomitee nichts zu tun und insofern kommt eine Beteiligung freigewerkschaftlicher Betriebsräte und Funktionäre an dieser Einheitskonferenz nicht in Frage. Die Bildung einer einheitsförmigen Front für gemeinsame Aktionen kann nur durch Bekämpfung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen untereinander, nicht durch Beschlüsse irgendeines unautorisierten Komitees erfolgen. Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsverein Halle.

Rundfunkhörer, Achtung!

Hörf Severing!

Verschafft euch Gelegenheit, gebt auch anderen Gelegenheit

Am Sonnabend, am Vorabend der Wahl, 19 bis 19.25 Uhr, spricht unser Herr Carl Severing im Deutschen Rundfunk. Er wird auf allen Sendern zu hören sein. Otto Wels, unser Parteivorstand, der ursprünglich die Rundfunkrede halten sollte, hat Severing gebeten, für ihn am Mikrophon zu sprechen. Severing hat sich dazu bereit erklärt. Otto Wels will, daß

Preußens Innenminister zum deutschen Volke spricht, jener Mann, der zu Unrecht seines Amtes entsetzt wurde und nur der Gewalt wich. So wollen wir nun dafür sorgen, daß ganz Deutschland Carl Severing hört. Er wird dem Volke viel zu sagen haben, er wird dem deutschen Wählerinnen und Wählern beweisen, daß es am Sonntag um alles, daß es um Deutschland und um seine Freiheit geht.

Die Befehle von Rundfunkapparaten brauchen wir natürlich nicht erst aufzufordern, am Sonnabendabend Carl Severing zu hören. Sie werden sich selbstverständlich an diesem Abend einrichten, damit sie auch zu Hause sind, wenn unser Herr Severing spricht. Sie werden voll Spannung erleben, was dieser große Kämpfer für Recht und Freiheit zu sagen weiß. Hörer und Hörerinnen werden sich das große politische Ereignis nicht entgehen lassen.

Das genügt aber diesmal nicht. Alle Befehle von Rundfunkapparaten, alle Freunde der Offenen Front, sollten dafür sorgen, daß an diesem Sonnabend auch alle Freunde, Bekannten und Verwandten an ihrem Rundfunk hören, die

nicht über einen Apparat verfügen. Sie alle sollten sie alle einladen, damit auch alle Carl Severing hören können.

Ganz Deutschland muß Carl Severing im Rundfunk hören. Das muß zu erreichen sein. In den Gärten, in öffentlichen Lokalen, in den Verkehrslokalen der gesamten Arbeiterschaft — überall muß die Rede Severings gehört werden. Der Vorabend der Wahl muß im Zeichen der Rundfunkrede Severings stehen! Hier können alle Rundfunkbesitzer wirksame Agitatoren der Offenen Front sein. Organisationen, Vereine, Gesellschaften, die am Sonnabendabend zusammenkommen, sind verpflichtet, Severings Rede zu übertragen und zu Gehör zu bringen.

Wer keinen Rundfunkapparat hat und bis Sonnabend mittag noch nicht im Hörsaal eingeladen ist, der muß sich bei Bekannten und Verwandten selbst dazu einladen. Dann kann er Severing hören und im Anschluß an seine Rede noch einmal für die Offene Front werden. Wer sich selbst einladet, der zeigt, daß er Interesse an Severings Rede hat und weckt Interesse auch bei den anderen.

Wir hoffen, daß alle, Einzelpersonen und Organisationen, Mittel und Wege finden, Severings Rundfunkrede ins ganze Volk, über ganz Deutschland zu tragen!

Deutschland muß Severing hören! Wer unseren Führer hört, muß sich mit unseren Ideen auseinandersetzen. Wer Severing hört, kann für die Offene Front, für die Liste 1, gewonnen werden!

Hört Severing!

Die „Legalen“ wollen putschen

Offene Drohungen mit Gewalt nach der Wahlniederlage des 31. Juli

Wie wir vorgestern mitteilten, führte — nach einem Bericht der reaktionären „Saale-Zeitung“ — der holländische Reichsausschreiber Jordan in einer Nazi-Versammlung in der Saale-Ordnung, was er als „Kampf“ bezeichnet. Nach dem 31. Juli gab es keinen parlamentarischen Wahlkampf mehr in Deutschland. Deshalb ist die Wahl für die W.D.A.P. völlig belanglos und hat nur rein propagandistischen Wert.“ Daß diese offene Andeutung von Umsturzplänen nicht auf einen rednerischen Luxus und ihre Veröffentlichung nicht auf eine Ungeheuerlichkeit des Reichsausschreibers zurückzuführen ist, sondern die praktische Formulierung einer planmäßigen, festgelegten Absicht ist, zeigt ein Bericht des unpolitischen „Deutscher Tagesblatt“ von einer Nazi-Versammlung in Dessau, in der Jordan ebenfalls sprach. Auch hier führte er nach dem Bericht der Berichterstatter beifolgend das aus:

„Der 31. Juli muß der letzte parlamentarische Wahlkampf in Deutschland sein. Der Umsturz muß anbrechen. Ich weiß, daß die Nationalsozialisten nach dem 31. Juli die Macht ergreifen, ohne daß das Wahlergebnis zur Debatte steht. Sie werden die Macht an jeden Fall ergreifen!“

Deutscher kann wohl niemand offen zum gewalttätigen Umsturz auffordern. Deutscher darf wohl niemand die geheimen Pläne seiner Partei öffentlich bekanntgeben. Wir wagen uns nicht vorzustellen, was geschähe wäre, hätte ein Kommunist diese Andeutungen getan. Herr Jordan hätte allen denen, die denartige Geheimnisse hören, aber keine von der Offenen Front, daß sie nur kommen müßten. Sie werden von uns empfangen werden, wie sie es sich nicht mal im Traum vorstellten haben!

Offene Aufforderung zum Mord

Wir hatten vom „Kampf“ nicht ein objektives Wort in seinem Bericht über die gewalttätigen Kriegen-Versammlung erwartet. Was aber das Nazi-Blättchen gestern unter der Überschrift „Novemberverbrecher Cripjian“ schreibt, das ist nichts anderes als ein planmäßiges Aufjuchender Blutgericht der brennenden Bürgerkriegsboten, das sich bewußte Aufforderung zum Mord. Der „Kampf“ schreibt u. a.:

„Der 31. Juli wird der Tag der Abrechnung sein. Der 1. August wird uns dann an der Arbeit sehen. Wenn erst der Nationalsozialismus die Macht in den Händen hat, dann wird Herr Cripjian von einem „Attentat“ auf das rote Bismarck reden können. Wir werden uns bestimmt nicht damit begnügen, nur 24 Parteibuchbeamte zum Tode zu sagen. Gegen Bürgerkrieg zu reden, wird dann aber keine mehr befehlen haben. Wir schlagen Bauern und vom Augenblick unserer Machtübernahme an für Ruhe und Ordnung in Deutschland gesetzt werden. Und unerbittlich und schonungslos werden Gesellen vom Schlage eines Cripjian zur Verantwortung gezogen werden. Mitleidige Anwandlungen wird es bei uns dann bestimmt nicht geben. Wenn sie ein Wortchen von dem besagten Cripjian hören, dann werden sie, der kein Vaterland mehr kennt, das Deutsch-Deutscher heißt, dann sind Hundstöße, oder gar eine eifrige Angel noch die geeigneten Mittel zur Vertreibung. Am Tage der Machtübernahme wird Cripjian einer der ersten sein, die wir zur Verantwortung ziehen.“

Wenn man neben diesen Ausbruch nationalsozialistischen Blutrachsens noch an die Behauptungen des Gauleiters Jordan denkt:

Du mußt sofort deine Falne zeigen!

Das Parteisekretariat der SPD hat noch einen kleinen Vorrat.

Dann kann man die Drohungen des „Kampf“ nicht anders werten, als die Andeutung, daß in der Nacht zum 1. August gepuscht wird. Und die Hege gegen den Genossen Cripjian hat geradezu den Sinn, die W.-Z.-Liste zum Mord aufzufahren.

Wie denkt die Papen-Regierung, wie denken ihre ausführenden Männer in den preußischen Regierungsstellen zu diesen Putschplänen und Vorbereitungen? Wer zum Generaldirektor aufordert, wird befohlen, Berliner Reichsbannerführer werden befohlen, weil sie der Regierung den halbtägigen Sturm angeblüht haben, kommunistische Blätter werden verboten, weil sie angeblich Ungehörigkeiten aufgedeckt hätten. Und schließlich werden in Halle der Kommunisten Krausmann verurteilt, weil er „auf die Verordnungen“ wollte. Als ob die Kommunisten das nicht schon seit zwölf Jahren geübt ohne irgendwelchen Erfolg! Aber wird man den Mut finden, gegen diese ungeheuerlichen Andeutungen Jordan und seiner Zeitung wachzugeben? Wir legen Wert darauf, vor der Wahl die Antwort zu erhalten.

Aber: Keine Antwort ist auch eine Antwort!

So sieht ein Naziführer aus

Gregor Straßer



Der Reichsorganisationsleiter der „Partei“, beschäme dich mit deiner Kasse. Wie ist dieser Prominente aus der nationalsozialistischen Bewegung? Straßer wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilte ihn das Schöffengericht München zu 1000 M. Geldstrafe. Wegen Beihilfe zum Hochverrat erhielt er eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und 600 M. Geldstrafe. Mit einer Lösung der Nazi-Ärzte Ende 1931 in Leipzig erklärte er, daß die Frau aus dem Produktionsprozess befreit werden müsse, und daß man sie im Dritten Reich bestrafen werde, mit dem Gelde, das der Mann nach Hause bringt, auszulernen. Wurst und Weibchen werden beschwunden, dafür werden wir die gute alte Erbsenstuppe wieder zu Ehren bringen.“

Am 4. Dezember 1931 in Stuttgart: „Und wenn wir die in die Hände im Hintertisch müssen um Deutschland zu retten, so wie wir es haben wollen. Entweder leben und beschließen wir über die anderen, dann freieren wir!“

Wer macht das Hitler heute?

Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder. Auf seinem „Vereinsfest“ durch das schlafende Deutschland hat der Schmierentomandant aus Braunschweig auch das Ruffahergebiet mit seinem Besuch beehrt. Lieber dieses Ereignis verdrückt der holländische Nazi-„Kampf“ einen spaltenlangen Synonym, den wir, da wir anderen Befürchten den schweren Wahlkampf auch mal durch unfehlwilligen Nazi-Sumor würgen möchten, wenigstens zum Teil abdrucken:

Geschäftlicher, unerbittlicher und gewaltiger Herrschaft. Das Hitlertröfen zu Füßen des Ruffaherbedenkens. Ruffaher: ein blaugrauer Name, gutherigste Feindschaft und ergreifende Feindschaft! Ruffaher: Segenwörter, Segenwörter, Segenwörter

Frage Nazis u. Kommunisten

Hier hast Du wichtiges Material für Straßen- und Betriebsdiskussionen - Du mußt es ausschneiden und einstecken!

Frage den Nazi-Wähler

ob er weiß, daß er mit einer Stimmabgabe für die Nationalsozialisten die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwört.

Sage ihm,

daß die Pläne der NSDAP, durch zusätzliche Geldschöpfung Arbeit zu beschaffen, praktisch nichts anderes bedeuten, als eine neue Geldentwertung, die das deutsche Volk wiederum in eine unheilvolle Inflation stürzen würde, durch die Reiner und Sparer ihr hartverdienenes wieder angammertes Vermögen abermals verlieren. Daß die nationalsozialistischen währungspolitischen Absichten eine Inflation herbeiführen, wird nicht nur von den 11 Marxisten behauptet. Neudrings hat auch ein politisch den Nazis nahestehender Landbauinspizor, Herr von Mohr, nachgewiesen, daß, wie von verschiedenen nationalsozialistischen Führern in Aussicht genommen und angeführten währungspolitischen Maßnahmen praktisch auf eine Inflation hinauslaufen. Alle Naziwähler müssen sich also darüber im klaren sein, daß sie, wenn sie nationalsozialistisch wählen, mitwirken an der Vorbereitung einer neuen Inflation.

Frage den Kommunisten,

ob er in der kommunistischen Presse gelesen hat, daß die Sozialdemokratie immer wieder beschimpft wurde als „Begleiter des faschistischen Arbeitspaanges“, weil sie

die Ausnutzung des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht den Reaktionsären allein überlassen wollte.

Sage ihm,

daß die Sozialdemokratie von jeder schärfster Gegner der Arbeitsdienstpflicht war und ist. Lediglich zum freiwilligen Arbeitsdienst hat sie die Haltung eingenommen, daß den Nazis diese nun einmal bestehende Einrichtung nicht allein überlassen werden dürfe. Ob das ein Verbrechen ist, mag jeder Kommunist einmal beantworten auf Grund einer Rede, die Thälmann am 31. Mai 1932 auf einer Hamburger Parteiarbeiterkonferenz gehalten hat. In dieser Rede befaßigte Thälmann sich auch mit der Arbeitsdienstpflicht. Wörtlich führte er nach dem Bericht der kommunistischen Presse aus:

„Was aber geschieht, wenn wir so schwach sind, um ihre Durchführung wirklich in großem Maßstabe zu verhindern? Dann steht die Frage für uns ähnlich, wie beim Kampf gegen den imperialistischen Krieg, dann wird es notwendig sein, daß wir unsere aktivsten Elemente hineinschicken, um dort in bester Einnahme zu arbeiten.“

Das ist die gleiche Taktik, wie sie die Sozialdemokratie gegenüber dem freiwilligen Arbeitsdienst vertreten hat. Das Beispiel der SPD. ist also lediglich agitatorisch bestimmt.

Ausschneiden!

Einstecken!

Aberall drei Pfeile

Riefenflug der Eisernen Front

Aus Niederschlesien wird der „Vostischen Zeitung“ geschrieben:

Die Eisernen Front hat vor wenigen Wochen den Symbolkrieg mit den drei Pfeilen gegen das Palenkreuz eröffnet. Der Erfolg ist verblüffend. Sogar unter Niederschlesien, ein Land, in dem sich die politischen Hauptgruppen die Waagschale halten, steht heute im Zeichen der drei Pfeile und des Palenkreuzes. Der Symbolkrieg der Eisernen Front setzte gerade im richtigen Augenblick ein, und noch nie hat man, so gut den Unterschied zwischen einer Massenbewegung und einer uniformierten Parteimasse feststellen können.

All die Naziwähler in den kleinen Landstädten haben ihr Palenkreuz im gleichen Augenblick abgelegt, als sie merkten, welche Wucht der republikanische Vorstoß hat.

Wir fahren durch schmude Dörfer. Die Leerstraße ist mit riesigen Weiten bemalt. Überall, wo noch bis vor kurzem große Palenkreuze von den Scheunentoren leuchteten, haben die Arbeiter drei weiße Pfeile darüber gemalt. Im nächsten Dorf hält ein Arbeiter an. Er bittet, wir sollten unseren Drei-Pfeile-Wimpel entfernen, da wir bald einen E.V.-Propagandastrum begeben würden. Wir haben keinen Rat befolgt. Das

war gut, denn so konnten wir einmal unerkannt die EV beobachten.

Zufällig treffen wir wenige Kilometer weiter einen Trupp von circa vierhundert uniformierten Hitlerjungen, die halb erschöpft in der glühenden Mittagssonne am Straßengraben rasten. Würdige Begrüßung. Frage: ob wir nicht mehrere Kostgänger überrot hätten. — Nein! Der Führer:

„Verfluchte Schweinezeit! Uns läßt man hier in der Hitze marschieren und die Bongen sitzen in ihren Häusern...“

Am Abend halten wir in einem großen Industriedorf. Die Straße herunter kommt ein Propagandazug der Eisernen Front. Frauen und Männer. Große Transparente führen die Parole: „Schluß mit Hitlers Privatarmee!“ Überall dieselbe Kampfstimmung. Die drei Pfeile haben sich durchgesetzt.

Täglich Fahnen heraus!

Das Volk der Sängere

Wie kann sich das Männergesangsvereine? — Liedertafeln und Liederkreise? — Das erste deutsche Sängere. — 845 000 organisierte deutsche Sängere.

Trotz der Unruhe der Zeit hatte das 11. Deutsche Sängerbundesfest Zeilweimer und Zuhörer in Massen nach Frankfurt am Main geführt; der deutsche Sängerbund ist ja von jeder Volksschicht vertreten. Gewisse Vorkämpfer unserer deutschen Sängerevereine sind schon die aus den alten ländlichen Kantoreien hervorgegangenen Altbandenvereine, deren älteste jener von Coburg im Anhalt sein dürfte; er wird im Jahr 1588 erwähnt. Ähnliche Ziele wie die Männergesangsvereine verfolgten übrigens die schweizerischen englischen Singelubs bis ins 18. Jahrhundert.

Der eigentliche Männergesang ist aber erst im 19. Jahrhundert aufgenommen, der erste Verein dieser Art ist die im Jahr 1803 von Heller mit 24 Mitgliedern der Singakademie gegründete Berliner Liedertafel, deren Name eine Anspielung auf König Arturs Tafelrunde enthält. Nur Dichter, Berufssänger und Komponisten fanden in dem Kreis Aufnahme, der von Anfang an ein ausgesprochen deutsch-norddeutsches Gepräge trug. Die spätere mäßige Verbindung künstlerischer Betätigung der Mitglieder stellte darauf ab, erst einmal überhaupt eine der Pflege würdige Musik für Männerstimmen zu schaffen. Nach Zelters Vorbild entstanden Liedertafeln in Frankfurt a. O., Leipzig, Weiden in Schirning — diese durchbrach als erster norddeutscher Männergesangsverein die engeren Grenzen der Berliner Liedertafel — und anderen Städten. Unabhängig von der Berliner Gründung rief 1810 der Schmeißer G. W. Vögeli, der bereits 1806 in Zürich ein „Singsittich“ für Kinder und Erwachsene gegründet hatte, auf viel breiterer volkstümlicher Grundlage einen Männerchor ins Leben. Andere Orte der deutschen Schweiz folgten seinem Beispiel, so daß sich bei einem Sängerefest in Wädenswil 1826 schon 800 Sängere von beiden Ufern des Züricher Sees vereinigen konnten. Die Bewegung griff auch bald nach Süddeutschland über, wo nach dem Rägelfischen Muster „Liederkreise“ gegründet wurden. Die ältesten noch bestehenden Gründungen sind der Musikverein in Schwabing-Donau (1817) und der Singsatz Heilbronn (1818). Schon 1827, zu Pfingsten, fand in der württembergischen Stadt Wülfingen das erste deutsche Sängerefest statt.

Der Ausgleich zwischen der höher-künstlerische Ziele verfolgenden Richtung Zelters und der süddeutsch-demokratischen vollog sich in den folgenden Jahrzehnten in den in allen Teilen Deutschlands entstandenen Männergesangsvereinen, die sich oft auch in bestimmten Berufsgruppen bildeten. In den künstlerisch leistungsfähigen

dieser Art Männergesangsvereine gehören die Lehrergesangsvereine. Die übrigen Männergesangsvereine begannen frühzeitig sich zu größeren Verbänden zusammenzuschließen. Die schwäbischen Sängerevereine gaben den Anstoß zur Gründung des Schwäbischen Sängerbundes im Jahre 1849, dem der Rheinischer Sängerbund (Offenbach a. M. 1858) u. a. folgten. Das erste germanische Sängerefest fand 1845 in Würzburg statt. Besonders wichtig wurde das große Sängerefest in Nürnberg 1861, wo 250 Vereine mit 53 000 Sängern zusammenkamen und die Gründung des deutschen Sängerbundes beschlossen wurde. Er wurde im folgenden Jahr in Koburg vollzogen. Der Deutsche Sängerbund umfaßte 1931 rund 14 000 Vereine mit 565 000 singenden Mitgliedern. Daneben sind in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterjugend seit etwa 1890 Arbeitergesangsvereine gebildet worden, die sich 1908 im Deutschen Arbeiter-Sängerebund zusammenschlossen. Er umfaßt nicht nur Männer, sondern auch Frauen- und gemischte Chöre und zählt 280 000 Mitglieder, darunter 75 000 Frauen.

Außerhalb Deutschlands blühen die Männergesangsvereine vor allem in Desterreich, in der Schweiz, in der Tschechoslowakei, ferner in Amerika, England und neuerdings auch in Frankreich. Männergesangsvereine der Auslandsdeutschen befinden sich ferner in den Randstaaten (Riga, Kiew, Dorpat), in den Donauländern (Serbien, Montenegro, Kroatien, Bulgarien, Galizien, Bosnien, Serbien, Rumänien, Griechenland, Dalmatien, Albanien), in Nordamerika, Südamerika, Südwestafrika und Niederländisch-Indien. Die ersten bedeutenden Männerchorkomponisten waren August Zelter und Rägeli vor allem Michael Hübn, Konr. Kreuzer, Fr. Sildler, Soemmer, Carl Maria von Weber, Schubert, Reichiger, Jänker, Marthaler, Mendelssohn und Wagner. Ein der Geschichte des Männergesangs- und Vereinswesens gewidmetes Archiv und ein Museum befinden sich seit 1925 in der Reichshofstraße zu Nürnberg.

5 Millionen Lire für einen Giorgione

Die italienische Regierung hat das weltberühmte Bild Giorgiones „Der Sturm“ von den Fürsten Giouannelli, in deren Besitz es seit 1870 in Venedig als untergelegte Meisterwerk den Ehrenplatz einnahm, für 5 Millionen Lire angekauft. Das traumhafte Landschaftsbild hat vorläufig im Dogenpalast Venedigs ein Obdach gefunden. Schon 1927 tauchten Gerüchte auf, die von Kaufverhandlungen mit dem Auslande zu melden wußten. Es verlautete damals, daß dem Fürsten Giouannelli für den „Sturm“ vom Auslande 40 Millionen Lire angeboten worden seien. In den Gerüchten, die später erneut aufkamen, wurde diese Summe noch verdoppelt. Das Bild war mit 80 Millionen Lire veräußert worden, als es im März nach London antart, wo es für die „Ausstellung italienischer

Hitlers Platz

Kleine Geschichte aus dem Wahlkampf.

In einem Dorfe Westfalens, wohin die Nationalsozialisten eine Propagandaversammlung einberufen hatten, waren zahlreiche weibliche Arbeiterinnen im Verkleidungsdienst erschienen, um zu hören, was der Redner über das angelegte Thema „Wahrscheinlichkeitsprogramm im Dritten Reich“ zu sagen haben werde. Davon sprach aber der Redner gar nicht, er wollte oder konnte nicht verstehen, wie es den Kandidaten im Dritten Reich gehen würde. Dafür geriet er, als er dom „Führt“ zu sprechen anfing, in solche Schwierigkeiten, daß er aussetzte:

„Meine lieben Volksgenossen! Wer kennt ihr heute nicht? Wer kennt nicht Adolf Hitler, den Reichsleiter? Wie soll ich ihn nennen? Wohin soll ich ihn gehen? Soll ich ihn gegen meine Biarmar? Nein, liebe Volksgenossen, höher. Soll ich ihn gegen meine Papst? Höher! In sein Platz neben Weizsäcker, seinem großen politischen Vorgesetzten? Nein, auch da ist nicht sein Platz. Volksgenossen, wohin soll ich ihn gehen?“

Da erbebt ich in der ersten Stuhllehre ein Bauer, nimmt Kopf und Mühe und sagt: „Für Redner, setzen Sie em man up mein Platz, it gaab no Dis.“

Alfred Wahlbombe

Die Eugenbergs-Presse verfußt mit einem Wahlkämpfer aufzutreten. Sie berichtet über einen „Wahlgelehrten“ und abgelebten preußischen Regierungsrat. Danach will die Eugenbergs-Presse „von einer sehr unzulässigen Stelle“ — wahrscheinlich Herrn Brauns — erfahren haben, daß das preußische Staatsministerium den Regierungsparteien für die Präfekturwahl einen Betrag von 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat. Dieser Betrag wurde angeblich durch die Erhöhung des „Fonds zur Bekämpfung des Verbrechenums“, der mit 200 000 Mark festgelegt ist, bereitgestellt.

An diesen Behauptungen ist lediglich so viel wahr, daß die preußische Regierung angeht die Erklärung des Verbrechenums im April beschlossen hat, den „Fonds zur Bekämpfung des Verbrechenums“ zu erhöhen. Es handelt sich hier um einen Eventualbeschluß, der unferes Wissens niemals ausgeführt wurde. Injensen beruhen die Behauptungen der Eugenbergs-Presse auf Kombinationen.

Mit dem Wahlkämpfer ist es also nichts. Alfred Eugenberg muß schon einen neuen Jußen lassen.

Zodestrafte für Präsidentenmörder

Gorguloff

Im Prozeß gegen den russischen Emigranten Gorguloff, der vor einiger Zeit den französischen Staatspräsidenten erschoss, erkannte das Pariser Schounggericht auf Zodestrafte.

Die Verurteilung des Zodestrafte, das mit 10 gegen 2 Stimmen der Geschworenen beschlossen wurde, nahm ein Teil des Publikums mit Befall, der Angeklagte gemüßigt gefußt auf. Er sagte: „Ich bin zufrieden, die Welt zu verlassen. Aber ich würde Sie: Der Kommunismus wird kein Haupt erheben und alle Ihre Kandidaten umbringen.“

Als Gorguloff abgeführt wurde, rief er aus: „Ruhland, mein Vaterland! Ich liebe dich bis zum Tode.“

Neue Filme in Kasse

Ein steinreicher Mann

(R.-I.)

Eine groteske Idee (ein an sich bedeutungsloser junger Mann erhält plötzlich einen großen Wert dadurch, daß er durch Zufall einen wertvollen Edelstein verliert) wird hier zu einem modernen Märchen ausgearbeitet, in dem Scherz, Ironie und satirische Beobachtung ein geringes Spiel treiben. Die ganze alte Mottenfeste Kleinbürgerliche Bourgeoisie und Schmeißer wird da herköchlich parodiert. Das Spiel ist vom Regisseur sehr leicht und locker arrangiert; amüßig, witzig und oft sogar geistvoll. Die Liebesbelegungen von Wirklichkeit und Fiktion sind — so gut das beim Film überdauern geht — recht geschickt gelagert. Man nimmt das lustige Spiel jedenfalls sehr erheitert als ein modernes Märchen mit tieferer Bedeutung hin. In der letzten kleinen Rolle des Regisseurs und dem gleichmächtigen schmerzlichen Kurt Bois hat der Regisseur zwei seiner die sich dem Zeit dieses modernen Märchenbildes vorzüglich anpassen. Beide Sandrod ist eine geistreiche unalte Kostümante aus der Mottenfeste der „guten alten Zeit“.

Dieu Konflikt bringt erfreulicherweise wieder einmal eine etwas originellere, frischer und geistvollere Note in das übliche, klischee Programm. Er ist ein Versuch, der zu Hoffnungen berechtigt.

Im Programm sieht man, wo sich die Amerikaner unter einer Mitropolitengede vorziehen. Außerdem läuft die Fox-Woche mit sehr viel Trümpfen und Sport — ist das tatsächlich das Interessanteste und Aktuellste aus allen Bändern? G.

Die Kinderstube

Eine Umzuege „mein“, „nicht doch!“, „laß das!“ begleiten das tägliche Gesehe und Vergehen. Glücklichsten lassen sich die meisten Kinder nicht gleich unterliegen. Tapfer versuchen sie immer wieder, ihre Persönlichkeit durchzusetzen. Das ist nicht leicht. Wichtig und hart ist der Kampf um seinen Platz im Leben des Kindes. Berühmt klingen seine Mahnungen: „Das darfst du nicht“, „Das kannst du nicht“, „Das sollst du nicht“, „Das verdirbst du nicht“, „das fühlst du nicht“.

Die Kinderstube ist die Wiege der Persönlichkeit des Kindes. Der Erziehungsauftrag ist hier, respektiert zu werden. Warum wird die Beziehung der Eltern zu dem Kind durch den Erziehungsauftrag verdrängt? Der Erziehungsauftrag darf verurteilt, darf Schlichtes vom Kinde sagen, darf es beibehalten, darf sogar das Recht, das Kind zu schlagen.

Die Eltern erreicht werden, wenn wir dem Kinde vertrauen. Welche Hilfe von Lebenskraft und Begabung steht ihm den Eltern gegenüber? Wie sie beobachten die das Tun und Treiben der Erziehungsaufträge; wie glücklich sind sie, wenn wir Erziehungsaufträge ihnen die Möglichkeit geben, mitzugeben und mitzulernen für die Bedürfnisse des Kindes? Aus diesem Grunde verlangt Maria Montessori vor allem eine grundlegende Veränderung im Verhältnis von Kind und Erziehungsauftrag. Sie fordert, daß der Erziehungsauftrag seine Wirkung dem Kinde in einer anderen Richtung sehen muß als bisher, nämlich in der Richtung der höheren Richtung vor dem Kinde. Diese Richtung vor der Persönlichkeit des Kindes geht mit einher, indem die Erziehungsaufträge der großen Intelligenz überlassen werden. Das Kind Montessori geht weiter. Sie sieht das Kind als „Vater des Menschen“ und prägt den Satz: „Die Vollkommenheit des erziehungsauftragten Menschen ist durch das Kind bedingt.“ In ihrer Erziehung bedarf sich Frau Montessori im wesentlichen auf die Bewusstseinsentwicklung der großen Intelligenz und nur Schöpfer unserer Außenwelt. Schreibt sie, „und darum können wir auch dem Kinde nur mit dieser Außenwelt helfen. Die Arbeit des inneren Lebens muß das Kind allein leisten. Wer könnte auch jemals einem anderen nachhelfen? Und wenn das Mädchen noch so mühselos wäre, es könnte doch niemand durch eigenes Zutun eine Erziehung schaffen.“

Kinder haben ihre eigenen Gesetze. Es wird uns als Erziehungsauftrag genügen, sie alle respektlos zu verletzen. Besonders ist nur, daß wir begreifen lernen, wie verschieden die Art des Kindes von der unserer als Erziehungsauftrag ist. Kinder haben die Fähigkeit, die Welt zu verstehen, aber nicht die Fähigkeit, die Welt zu verstehen. Das Kind muß lernen, wie wir es sind, so können wir, in der Umwelt ungehörige Umgestaltungen vorbringen; es wird für uns, die wir schamlos waren, handeln. Und wenn nun wirklich das Kind mehr leisten will als wir, will man dann lassen, daß wir die Natur dieses Kindes ändern? Wer will das Kind ändern, der wird nicht wissen? In die wir gar nicht einmal denken? Deshalb ist es unsere Aufgabe, und zwar die wichtigste von allen, daß wir dem Kinde die Möglichkeit geben, sich voll zu entwickeln, es zum starken, freien und ausgeprägten Menschen zu bilden, der mehr leisten will als wir. Nicht die erzieherische Hilfe ist es, die das Kind darf bekommen, es darf sich selbst werden; nicht ist es, die uns hindert, das Kind zu verstehen, sondern der innere Zustand des Erziehungsauftrags.

Bei der Erörterung pädagogischer Probleme unterteilt Maria Montessori ein Zentrum und eine Peripherie. Das Zentrum gehört dem Kinde allein. Frau Montessori geht so weit, daß sie gar nicht die Fähigkeit hat, in dieses Zentrum einzudringen. „Was im Kinde vorgeht“, so sagt sie, „ist das Geheimnis des Kindes, und das müssen wir achten.“ So verzieht sie darauf, das Zentrum der kindlichen Seele zu erfassen, und schließt sich dem, was in der peripherischen Aktivität des Kindes mit äußerem Zutun zu helfen. Diese Peripherie ist nach Frau Montessori das einzig erkennbare Gebiet, zu dem wir als Erzieher in Beziehung treten können. Der Begriff der peripherischen Beziehung stellt deshalb auch ein der leitenden Prinzipien der Montessori-Methode dar. Diese Beziehung ergibt sich aus der typischen Beschäftigungsmittel, die wir gemeinsam als Montessori-Methode bezeichnen. Für alle ist charakteristisch, daß das Kind ohne Hilfe der Erziehungsaufträge damit auskommt. Es kann sich selbst kontrollieren, kann selbst lernen, ob es seine Sache richtig oder falsch gemacht hat. Selbst die ersten Schritte, die erzieherische Hilfe ist es, die das Kind durch Selbststudium, von den Kindern ausgeht. Wer jemals in Montessori-Kinderheimen oder -Schulen einige Stunden mitbeobachtet hat, dem wird der frohe, selbstbewußte Gesichtsausdruck der Kinder, die große Selbständigkeit der Kleinen zum unversehrten Erlebnis. Hier spürt man allerorts die Freude der Kinder an ihrer Arbeit.

Die Freunde der Montessori-Erziehung haben vor zwei Jahren im Anblich auf den Verein Internationale Montessori-Gesellschaft den Verein Montessori-Pädagogik Deutschlands gegründet. Seine wesentliche Aufgabe besteht darin, in enger Verbindung mit der Erziehungsaufträge der Montessori-Methode, die auch die Fähigkeit ist, bereit überkommen hat, im Sinne ihres Wertes zu arbeiten. Dies ist heute schon deshalb notwendig, weil vieles unter dem Namen „Montessori“ gemacht wird, was mit den Grundgedanken der Montessori-Pädagogik kaum noch vereinbar ist.

Irma Fechenbach.

Engels und die Frauen

Mit dem Verhältnis des geistig Schaffenden zur Frau berührt man die tiefsten und verwickeltesten Schichten des menschlichen Lebens. Es erfordert eine sorgfältigste Untersuchung und eine tiefgehende, gleichsam hinter das Wort des geistig Schaffenden zurückgehenden und die Wurzeln seiner Entstehung bloßlegenden. Denn die Wurzeln des geistig Schaffenden gehen mittelbar und unmittelbar auf das Verhältnis des geistig Schaffenden zur Frau zurück. Das Wort ist nicht objektiv; abgelesen und abgelesen, wenn es in seiner Zeit und auf die kommenden Generationen. Die menschlichen Quellen hingegen, aus denen es entstanden ist, sind verborgen und kommen selten an das Licht des Tages.

Das Lebenswerk von Friedrich Engels, des großen Begleiters von Karl Marx, ist in der Geschichte der sozialistischen Bewegung einengender, seine Bücher, seine Schriften, seine Briefe sind die Lebenswelt der proletarischen Bewegung geworden, mit dem sich jede Generation erneut auseinanderzusetzen muß. Der Weg zu diesen Werten ist nicht immer leicht, und nicht jeder kann ihn gehen, für manche ist es notwendig, daß die Entstehung des Lebenswerkes von Friedrich Engels aus der Beziehungsauftrag einer menschlichen Persönlichkeit erschlossen wird; denn wenn es wirklich gelingt, ihn lebendig zu gestalten, kann dieser lebendige Friedrich Engels anschaulich, intuitiv verstanden werden, und von diesen anschaulichen Vertrieben des Menschen ist der Weg zum Verständnis des Wertes leicht. Da Victor hat in einem kürzlich erschienenen Buch „Engels und die Frauen“ (Verlagsgesellschaft, Berlin 1932) diesen Versuch unternommen. („General“ wurde Engels in Freundeskreisen wegen seiner überlegenen militärisch-strategischen Kenntnisse genannt.) Victor geht nicht mit dem handwerklichen des Wissenschaftlers an seine Aufgabe heran; er

regiert die Lebenskräfte von Engels mit den Mitteln klassischer Besetzung. In der feinsten Fingerringen Komposition des Buches wird jedoch die Dynamik, die innere Bewegung, das ständige Werden dieses Lebens ausgeglichen getroffen. Ich bin sicher, daß dieses Buch viele Freunde finden wird; auch werden die kritischen Einwände, die der Wissenschaftler zu machen hat, diesen Erfolg kaum beeinträchtigen.

Als Engels sich im Sommer 1844 in Paris mit Marx zusammensetzte, hatte er seinen Lebenslauf mit der letzten Arbeiterin Mary Burns schon geschlossen. Mit Recht betont Victor, wie Engels durch Mary Burns das Schicksal der weiblichen Industriearbeiterinnen im beginnenden Hochkapitalismus nahe gebracht wurde. Als der Freund äußerte Unabwägbarkeit gemindertem wollte, wapperte sich Mary Burns, die Arbeiterin aufzugeben. Sie gab erst dann ihre Arbeit auf, nachdem sie die Pflege von Engels' kranke Tochter schlichtung (schlicht) notwendig machte. Engels hat jedoch den eigentlichen Industrialismus der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht nur praktisch erfahren; vielmehr zeigt seine „geniale Fähigkeit“ über die „Allerlei einer Kritik der Nationalökonomie“ den jungen Meister auch schon im Vollbesitz der theoretischen ökonomischen Erkenntnisse seiner Zeit. Hier war er Marx in diesen Jahren weit überlegen; Victor läßt dies unberücksichtigt. In Paris arbeitete Engels gemeinsam mit Marx an ihrem großen theoretischen Werk, der „Deutschen Soziologie“. Engels läßt Marx in die heilige Hauptstadt kommen. Frau Jenny Marx erhebt es jedoch, mit Engels „Maitresse“ zusammenzutreffen. Stefan Born, auf den Victor sich hier beruft, schreibt in diesem Zusammenhang über Frau Marx: „An Fragen der Ehre und Reinheit der Sitten war die edle Frau intrinsisch.“ Die Zurückhaltung, auf diesem Gebiet ein Zugeständnis zu machen, war für Engels ein Verstoß gegen die moralischen Grundsätze. Es ist richtig, daß Victor Engels sehr bald wieder verlassen hat. Dennoch glaube ich, daß Victor Jenny Marx den Vorrang der Ehepartnerin zu Unrecht macht, denn zur gleichen Zeit war die Familie Marx der Frau von Engels sehr nahe. Die geistliche Liebe, sehr feinsinnig ausgesprochen, war Engels' Lebensgefährtin Jenny Marx, die in erdlichen Beziehungen

eine sehr strenge Norm anlegte, das Verhältnis von Engels zu Marx nicht ernst nehmen; jenseits nicht ohne Engels' Erlaubnis, wenn man an dessen bester Gestirne denkt, die für Außenstehende die Beziehung zu Marx damals keineswegs als Bindung erscheinen ließen. In diesem Abschnitt seines Buches nennt Victor Marx „einen üblichen Literaten“. Ich nehme an, daß die bloße Feststellung ungenügend ist, um diese Beziehung in der zweiten Hälfte zu belegen. Und da wir gerade beim Streit sind, darf noch bemerkt werden, daß Marx 1837 in Berlin seine Vorlesungen mehr bei Hegel hat hören können, da Hegel bereits 1831 gestorben war.)

Nach dem Verlassen der deutschen Revolution von 1848/49 führte Engels nach Manchester zurück, vor allem, um seinem Freunde Marx durch seine kaufmännische Tätigkeit die wissenschaftliche Forschung zu ermöglichen.

Marx hat im Jahre 1863, Engels überträgt seine Liebe zu Marx auf deren jüngere Schwester Elise. An dieser Stelle wollen wir dem Dichter das Wort geben: Elise, die schon mehrere Jahre in dem gemeinsamen Hauswohnt geistig, nicht die Elise, die ich in der ersten Hälfte des Buches beschränkt habe. „Das ist ein sehr schöner Vorname“, sagt Victor, „das ist ein sehr schönes Wort.“ „Ja, was denn sonst?“ „Du bist die Schwester meiner Frau — ...“ „Und?“ — „außerdem habe ich dich sehr gern.“ „Seit ich dich in den Kopf gefahren, legt das Rätselweg uns, nicht ab, er nimmt sie um die Schulter, sie geben gemeinsam ins andere Zimmer und schlafen dort.“

Das aber hat dann die unerschöpfliche Frau gemacht, die freie und liebreiche, die General und sein Leben als der verheiratete Kamerad begleitet hat: Mary Burns, Textilarbeiterin in Manchester. Sie gab ihn der Schwester, die Schwester ihn. Ihr ganzes Geschick hat sie um ein Jahrhundert vorweg geahnt. Im Glück geistig, doch nicht ohne Schmerz, waren die räumlich Schreitenden nützlich, als allmorgendlich forderten sie die Abgabe als Selbstverständlichkeit. Die Stunde wurde zu kurz. Keiner wollte sich von der Spätnacht aufhalten, sondern alle Augen lag auf diesem Glück im Grünen. Ludwig stand in den Wäldern. Frohes Aufblauen lag auf blauen, weißen Lippen. Augenblinzeln. Doch aus dem Augenblick waren die Augen fort. Jedem kennt seine Augen. Sie waren über die Zementmauer gefallen und kamen nicht wieder. An aller Augen lag Schmerz. Still war die Stunde des räumlich Gehens; verlassen lag der Rasenfeld. Die Reizen am Rastbaum waren im Verlöblich und verwelkte Blütenblätter lagen durcheinander gestreut am schmalen Kiesweg.

Das ist ein Glück. Die Spätnacht war in den Hof gefallert. Witten im Hof lag sie und schrie. Die räumlich Gehenden meinten, sie zu verstehen. Sie bantte ihnen. Jedem einzelnen. Allmorgendlich kam sie, wenn sie auch nicht eine Stunde lang blieb, und alle blühten erblühten sie zu ihr, und alle Augen im Grünen. Da sie nicht wieder die nächsten Jungen im Herbst bringen würde? „In jedem Hirn glomm dieser Wunsch; in jedem Herzen regte sich dieser Gedanke. Keiner sprach darüber zum anderen, doch alle hatten ihn erlebt, und alle lächeln ihn im Sinne des anderen.“

Die letzten Jahre Madonnen im Grünen, wenn sie auch verstanden werden sollten. Das ist ohne Frage eine sehr gefährliche Krankheit, die Leben hatte ihnen doch sonst bereits alles genommen! Klaus Klawnsen.

Madonna im Grünen

Mal mag es damals gewesen sein. Im Hof, zwischen Zementmauern, stand ein blühender, wichtiger Rastbaum. Die Reizen durchleuchteten die finstere Nacht. Elise räumlich; einige Quadratmeter nur. Aber immerhin: Wiese, Grüne.

Sie gingen räumlich. Die Wiese in der Mitte mit sprossendem Gras und der Rastbaum mit tagenden Reizen waren Mittelpunkt ihres kurzen Weges.

Eine Stunde lang gingen sie räumlich. Engeln. Einer hinter den anderen, wobei die Augen sie gefolgt waren ungenötigt. Sonnenlicht entgegen. Die Jungen dehnten sich, und jeder war auf die Wiese verfallen. Jeder Grasmal war in den Gehirnen registriert. Jedes undeutbare, armelige Blümchen wurde allmorgendlich begrüßt. Jeder hätte Dichter werden können, fühlte Überflutung im „Hergen“. Räumliche Erregung presste die Sinne an gefühls des Stützpunktes Rastbaum.

Die räumlich Gehenden waren — Sträflinge.

Eines Morgens. . . . Ja, dieses Morgen dürfte wohl keiner vergessen haben, der damals räumlich geführten ist, eine volle Stunde lang. Eines Morgens also lag eine Spätnacht inmitten der Wiese. Und ihr gegenüber kauerten die Jungen. In einer Stammwolle. Sie rissen die Schnäbel auf und glichen die Mutter an. Die Spätnacht schrie und schrie. Da diese Menschen sie wohl verstanden haben!

Das waren die Spätnacht im Grünen, die sie gegenüber kauerten die Jungen. Sie mußten aus den Reste gefallen sein, das hoch droben zwischen den Reizen des Rastbaumes aufgebaut gewesen war. Da war jeder der räumlich Schreitenden Brotkrumen für die Spätnacht. Krümel von Schwarzbrod, denn andere hatten sie nicht. Sie bekamen nur Schwarzbrod zu essen. Man wird einsehen. Nur in der Kapitulation der Spätnacht, die sich in der aufgerissenen Schnäbel der Jungen. Jeder gab. Das Tier quillt.

Eugenik und Wirtschaftskrise

Man hat einer Ursache der Wirtschaftskrise bisher wenig Bedeutung geschenkt: dem Bevölkerungsproblem. Man führte das ungeheure Angebot an Arbeitskräften vor allem auf rein wirtschaftliche Ursachen zurück. Und doch wird man nicht umhin können, auch zu dem angebotenen Problem Stellung zu nehmen, zumal da sich in der gegenwärtigen Zeit besonders von totalitärer Seite die Stimmen mehren, die eine Lösung dieser Frage verlangen. Die Tragweite des Problems wird durch ein paar nackte, dürre Zahlen mit einem Schlag erhellt: In den letzten 600 Jahren ist die Bevölkerung Europas um das Sechsfache angewachsen. Wie sehr diese ungeheure Zunahme gerade im letzten Jahrhundert, in den Zeiten des allerfrühesten Fortschritts, erfolgt ist, geht wiederum aus jener anderen statistischen Angabe hervor, die besagt, daß die Einwohnerzahl Preussens in den letzten 150 Jahren eine siebenfache Zunahme erfahren hat. Damit ist das Problem in seiner ganzen Bedeutsamkeit gekennzeichnet: Auf der einen Seite wird durch den Fortschritt der Technik eine immer stärkere Rationalisierung der Betriebe ermöglicht, und der Bedarf an menschlichen Arbeitskräften nimmt immer mehr ab. Auf der anderen Seite ist gerade im Bereich des Rationalisierungsprozesses die Bevölkerung bezant angewachsen, daß viele Arbeitskräfte keine Verwendung finden können. Man wird einsehen, daß die Rationalisierung der Wirtschaft sei es möglich, daß Rationalisierung im Bereich mit Bevölkerungszunahme eine Krise nach vertieft. Das ist jazugehen. Doch wir müssen noch näher an das Problem herangehen. Und auch hier leistet uns die Statistik für unsere Stellungnahme wertvolle Dienste. Die Bevölkerungszunahme — eine an sich für sich ersichtliche Erscheinung — ist nämlich nicht aus der Zunahme der Geburten zu erklären — diese Zahlen sind im Gegenteil ständig in der Abnahme begriffen —, sondern allein aus dem Rückgang der Sterblichkeitsziffer. Der Bevölkerungssplitter erfährt sofort das Unglück dieser Erscheinung. Das Anwachsen der Bevölkerung hat nur dann gelinde Folgen, wenn es sowohl aus der Geburtenmehrung als auch aus der Verminderung der Alterssterblichkeit zu erklären ist. Die Entzündung der letzten Woge — und diese Erscheinung ist in ganz Europa zu beobachten —, wenn lediglich die Heraushebung des durchschnittlichen Sterbalters die Ursache für die Bevölkerungszunahme ist. Die Statistik geht uns in einem ganz klaren Sinne entgegen. Die Sterblichkeit im Jahre 1876 bis 1889 23 vom Tausend, so ist sie in den Jahren 1906 bis 1915 auf 15,8 vom Tausend zurückgegangen. Da diese Erscheinung nicht begleitet wird von einer Zunahme der Geburtenziffer, so haben wir es augenscheinlich mit einer Überalterung Europas zu tun, einer

Ercheinung, die zwei Gefahrenpunkte enthält: Nimmt uns heute die Sorge für alle die Ziele der Bevölkerung, die infolge ihres Alters aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen sind, ungeheuer in Anspruch, so droht zum anderen denjenigen, die heute die Lasten der fürstliche tragen, die Gefahr, daß sie in ihrem Alter auf diese fürstliche vorzubereiten werden, da dann nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden sein werden.

Wie ist man die Erscheinung der Überalterung Europas zu erklären? Wir erziehen uns heute eines gleich begünstigtem Fortschrittes der Medizin und einer Erweiterung der Fürsorgeeinrichtungen. Die hygienischen Einrichtungen können heute nicht nur von einem geringen Teile der Bevölkerung, der besitzenden Klasse, in Anspruch genommen werden, sondern von allen Schichten, und damit auch von der wertvollsten Bevölkerung. Es gibt heute in Europa keine Epidemien mehr. Man hat wirksame Abwehrkräfte gegen Infektionskrankheiten gefunden. Der Kampf gegen die Sterblichkeit ist von außerordentlichem Erfolg begleitet gewesen.

Diesen Gebrechlichen wurde nun dadurch, daß sie einen Grund ergriffen konnten, die Möglichkeit geboten, eine Familie zu gründen und dadurch erblich belastete Rassen zu formen in die Welt zu legen. Hier liegt wirklich einer der gefährlichsten Punkte der Bevölkerungspolitik. Man hat schon früher von einer Seite, die an diesen fürstliche verbundene, gebildet, einseitig, was bratonsche Maßnahmen ergriffen, die diese Entzündung aufhalten sollten. Die Erinnerung ist noch der Geheimtätigkeit des Zwaidner Arztes Dr. Boeters vom Jahre 1926, in dem verlangt wurde, daß „die erblich belasteten Arbeitstruppen, Landvolken und Wälder vertrieben werden sollten. Das ist ohne Frage eine sehr gefährliche Maßnahme, die wir nicht bestimmen können, da sie überflüssig, wie ich schon schon ist, genau festzustellen, wenn J. B. die Laubfrucht ererbt was erblich belastet ist wird oder nicht. Eugenik, d. h. Maßnahmen zur Erhaltung der arbeitsfähigen Familie und zur Verhinderung der Fortpflanzung von erblich Belasteten, ist heute mehr denn je erforderlich. Die Bevölkerungspolitik erfordert gebieterisch, daß die Erhaltung der gebunden Menschen im Mittelpunkt des Interesses steht. Hier kann nur eine Förderung erhoben werden: Geburtenregelung — und mit anderen Worten: Maßnahmen, die einen erblich gebunden Nachwuchs ermöglichen. Arthur Hennig.

Merseburg

(Herausgeber: Leipzig Nr. 102.)

Einigkeit! Aktivität! Disziplin!

Nun steht, Genossen, wie ein Mann!
Nun laßt die Feinde nicht heran,
steht fest wie eine Mauer.
Sie liegen nur auf der Lauer. —
Jetzt wird eine Schwärze nicht beziehet!
Einigkeit! Aktivität! Disziplin!

Nun bildet, Genossen, festen Wall,
nun tünzelt, Genossen, überall:
Wir lassen nicht provozieren,
die Schlacht sollen sie verlieren,
die feige in die Gewalttätigen.
Einigkeit! Aktivität! Disziplin!

Nun wißt, Genossen, der Wahlag nah!
Do wird millionenfach beimgelacht.
Da werden die Pfeile fliegen,
die Eisene Front wird siegen
und durch alle Straßen wird es ziehn:
Einigkeit! Aktivität! Disziplin!

Waffenkundgebung der Roten Front

Freitag, Donnerstag, 20. Juli, spricht im „Rosen Schützenhaus“ Genosse Gause, Chefstellvertreter der „Leipziger Volkszeitung“.
Für Freiheit und Recht! Gegen Faschismus und Gewaltregime.

Beträufelungskundgebung für Reichspräsident Brücker

Reaktionäre Zustände im Reichspräsidenten hatten in letzter Zeit Angriffe gegen den Reichspräsidenten Brücker ausgelassen. In der Kundgebung, unter dem „neuen Kurs“ in Preußen auch diesen sozialdemokratischen Beamten oblag es können. In der bürgerlichen Presse ist nun folgende Beträufelungskundgebung leitender Polizeibeamten des Präsidiums erschienen, die eine glänzende Würdigung der verdienstvollen Verdienste gegen Brücker darstellt. Diese Kundgebung lautet:

Gegenüber den in letzter Zeit wiederholt erfolgten Presseangriffen, in denen dem Reichspräsidenten Brücker partielle Handhabung seiner Dienstpflicht zum Vorwurf gemacht wird, genießt das Beträufelungsamt den unterzeichneten Beamten, zu erklären:

Reichspräsident Brücker hat zu seiner Zeit an einen von uns das Ansehen gestellt, unsere Dienstverpflichtungen anders als in obfektiver, unparteiischer, durch die jeweilige Sachlage und die bestehenden Vorschriften gebotenen Weise auszuüben.

Regierungsrat Kriß, ständiger Vertreter des Reichspräsidenten

Polizeiberater Schneider, Führer der Schutzpolizei Weisenfels

Regierungsdirektor Herber, Leiter der politischen Polizei des Reichspräsidenten

Regierungsrat Dr. Herrmann, Leiter des Polizeiamtes Weisenfels

Polizeirat Stapelmann, Leiter der Polizeiwachstelle Weisenfels

Allelei Diebstähle

Seit morgen gegen 4 Uhr wurden zwei Personen von der Polizei beim Diebstahl von Getreidebrot erwischt. Circa 2 Hektar Getreidebrot waren von den Tätern abgeholt worden.

Zu dem geistlichen Einbruch in die Wohnung des Direktors B. in Köthen ist noch zu melden: In der Nähe des Lagers wurde eine Menge in der Form von 20 x 30 Zentimeter gefunden. In der Tasche befanden sich zwei Säcke, ein Strohsech mit beschlagener Holzfaser, zwei Dietriehe, ein Handbrot und zwei verschiedene graue Handtücher. Die Gegenstände sind im Keller der Polizei ausgestellt. Sachdienliche Angaben zur Ermittlung erbetet die Kriminalpolizei.

Die Fahrradabstahlbe nehmen jetzt überhand. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein oder mehrere Fahrräder gestohlen werden. So wurden gestern nachmittag wieder zwei Fahrräder am Hauptpostamt des Grundhofs Köthener Straße 25 gestohlen. Wie soll immer, sind die Täter unerkannt entkommen.

Kreis Querfurt

Großmüchener Hundstich

Die Strom- und Wasserzweigschließung für Juni und zweites Quartal 1932 erfolgt am Donnerstag, dem 28., und Freitag, dem 29. Juli, im „Rathshaus“ von 9 bis 18 Uhr und 15 bis 18 Uhr in der bisher üblichen Weise.

Die Auszahlung der Kriegs- und Seerenten für August erfolgt am 29. Juli in der Zeit von 8 bis 12 Uhr mittags. Anhalten, Alters-, Unfall- und sonstige Renten werden am 1. August von 8 bis 12 Uhr gezahlt.

Für die Rechtsabteilung ist Wachen wieder in fünf Abteilungen in der Form nach Streifen eingeteilt. Wachenberechnungen haben sich hierbei nicht ergeben, so daß jeder wieder sein altes Abteilungslokal hat.

Der Darobst- und Pflaumenanhang der Stadt Wüdnitz gelangt am Sonnabend, dem 30. Juli, nachmittags 4 Uhr, im „Rathshaus“ gegen nachmittags zum Verkauf. Diebstahl am diesem Tage, nachmittags 9 Uhr, der Pflaumenanhang der Wüdnitzhofe in einzelnen Bargehen an Ort und Stelle meistbietend verkauft.

Antifaschistische Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 30. Donnerstag, den 28. Juli, 1932

Anordnung über das Verbot des Spargelstrandes und der Spargelstüben usw.

Es wird hiermit auf die im Regierungsamtblatt vom 16. Juli 1930, Blatt 29, veröffentlichte Anordnung über das Verbot des Spargelstrandes und der Spargelstüben zur Bekämpfung der Spargelkrankheit hingewiesen.

Die nächsten Bestimmungen können im Geschäftsbüro der Ortspolizeibehörde, Nr. 19, Rathaus am Markt, eingesehen werden. Merseburg, den 21. Juli 1932.

P. I. — 192. Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Broschensammlung, Karlsrufer Nr. 4.

Wittmoos, den 8. August 1932, von 10—11½ Uhr Annahme. Donnerstag, den 4. August 1932, von 15—16½ Uhr Verkauf.

Das ist Faschismus-Kultur

Mit Waffengabeln, Spaten und Jagdgewehren gegen SPD-Flugblattverteiler

Einem heroischen Kampf haben bei diesem Wahlkampf die Raumburger Sozialdemokraten zu bestehen. Nicht nur, daß sie die wiederholten Nazi-Überfälle in Raumburg abzumehren hatten, bei denen es unter den Reichsamerikamerikern, die sich in vorbildlicher Weise an der Wahlarbeit beteiligen, eine frühere Anzahl Verletzte gegeben hat, haben sie auch dem Mordtrotz der Nazis bei der Demonstration zu leiden. Bei der fürstlich durchgeführten Flugblattverteilung in den 37 Dörfern, die durch 25 mit Schmelzflugzeugen besetzte Genossen und Reichsamerikamerikern durchgeführt wurde, kam es in dem besetzten, mit Nazis durchsuchten Gassenhause bei Bad Kösen zu einem schweren Straßenkampf. Die Flugblattverteiler wurden am Ein- und Ausgang des Dorfes

von Nazi-Banden, die mit Waffengabeln, Spaten und Jagdgewehren bewaffnet waren, angegriffen. Da an dieser Stelle nur sechs Kameraden tätig waren, unterlagen sie der Übermacht und wurden schwer verletzt. Ihr mutiger Widerstand reichte gerade noch aus, bis die übrigen Kameraden zur Hilfe herbeieilen konnten. Den vereinten Kräften der 25 Genossen gelang es schließlich nach schwerem Kampf, die Nazis in Schach zu halten. Die nichtigen Genossen und Reichsamerikamerikern mussten alle ankommen, um sich der Gefahr zu erwehren. Dann konnten unsere Genossen weiterfahren. Trotz des schweren Zusammenstoßes waren sie nicht entmutigt, sondern fuhren

nach auf die übrigen Dörfer und besetzten diese mit Flugblättern, während weite Teile der besetzten Kameraden auf dem Auto verblieben. Sofort nach Bekanntwerden des Überfalls fuhr ein zwei Genossen mit dem Motorwagen nach der Stelle, wo der Zusammenstoß stattgefunden hatte. Sie kamen gerade in dem Augenblick in Gassenhause an, als die Nazis erneut auf zwei das Dorf durchsahende kommunalistische Arbeiter sich stürzten und diese ebenfalls mit Waffengabeln usw. besetzten. Bei dieser Gelegenheit trieb der Soldat gegenüber den Raumburgern eine sehr zurückhaltende Rolle. Die beiden kommunalistischen Arbeiter, die ohne jede Ursache mehrheitlich überfallen wurden, haben es nur unsere Genossen zu verdanken, daß sie mit dem Leben davongekommen sind.

In Raumburg hatte sich das Gerücht, von dem Überfall auf unsere Kameraden, verbreitet, wodurch sich vor allem bei den Frauen und Angehörigen der Genossen eine gewisse Unruhe eingestellt hatte.

Das gegen Abend zurückkehrende Auto mit den unerhoffenen Genossen wurde freudig begrüßt.

Die mitgeführten und verwundenen Kameraden wurden sofort in Gemäßheit der Anordnungen des Reichspräsidenten in die Arbeiter-Heilanstalt mit Speise und Getränke gebracht, die unsere Genossen seitlich, nach sehr lobend genug herbeigekommen werden.

Verkehrsunfall durch schwebendes Pferd

Freiburg (Ulmtal). In der Nähe des Reutendorfs hatte ein Pferd vor dem Gespann eines Landwirts vor einem langsam fahrenden Motorrad und drehte sich mit dem Hinterrad nach außen. Der Motorfahrer bog nach rechts aus und geriet in den Straßengraben. Er und sein Mitfahrer waren sich erhebliche, anscheinend auch innere Verletzungen zu.

Kreis Dessau

Ellenburg

Das Gastwert wird erweitert

Nachdem die städtischen Körperkassen im Februar 1932 aus Grund der nichtigen Genossen und Reichsamerikamerikern ein gemeinsames Gastwert beschlossen hatten, sind nunmehr die auf mehrere Wochen berechneten Arbeiten für den Erweiterungsbau in Angriff genommen worden. Die Kosten mit 60 000 bis 60 000 RM. trägt das Gastwert allein, das sie auf mehrere Jahre verteilt.

Kreis Bitterfeld

Lohn nach unten unbegrenzt

Arbeiter, gebt ihnen am 31. Juli die Antwort.

Bitterfeld, den 28. Juli.

Bei verschiedenen Anträgen wird Tarifmässigkeit wieder mehr und mehr in den Reihen der Konjunktur nach Tarifvertrag und Schlichtungsausschuss förmlich gelitten haben. So ist es auch bei den durch den Kreisverband Bitterfeld vertretenen „Lichtschneidern Bitterfeld, Zeigisch und Wittzeberg“. Nachdem die gemeinverpflichteten der Arbeitgeberlichen Arbeitgeberbetriebe nicht mehr durchgreift, weil sich die Herren nach Halle orientieren, wie sie geltend machen, wollen sie jetzt aber mit dem Deutschen Holzarbeiterverband auch nicht die hallischen Tarifverträge abschließen. Das erklärte die auch am Mittwoch von dem Schlichtungsausschuss Halle. Demnach ist es auch bei den geforderten 34 Prozent Zuschlag zu einem Teile überhöht werden, wollen sie sich „frei“ sein in der Regelung der Arbeitsbedingungen und „Selbstbestimmung“ behalten. „Frei“, wie die Herren es meinen, Lohn nach unten unbegrenzt! Der Tarif soll dagegen dem Lohn nach unten begrenzt und nach oben frei sein. Am Mittwoch, dem 8. August, soll durch Schlichtungsausschuss Halle entschieden werden.

Aufreuten der Mülldecke

Najitz, den 28. Juli.

Zeit einigen Wochen macht sich in der heissen Umgebung von Aufreuten der Mülldecke fühlbar. Große Hundstößen sind jetzt vollständig von den Schädlingen beherrschet worden; allerdings scheinen die vorzüglich entwickelten Mücken weniger unter diesem Schädling zu leiden haben.

Ein Wundenstich

Am Montag verlor man in den späten Abendstunden einen gemeinen Hundstich in der Umgebung von Najitz, der, wenn er gegliedert wäre, unbeschädigt hätte nach sich ziehen können. In der Eingangspforte zum Anwesen eines Genossen hatte man die Tür geöffnet und in Handhöhe einen kleinen Hundstich gezogen, dahinter lag eine Ege, deren harte Zinnen nach oben gerichtet waren. Zum Schrecken dieser Egen wurde die Halle vollständig entbedeckt und befeuchtet. Dieser verheerende Anfall auf einen Genossen ist weiter nichts als ein politisches Mittel. Die mutmaßlichen Täter sind kaum und gar nicht weit zu suchen und sind in den Reihen der „Erneuerer“ zu finden. Und solches Verhalten auf der Ebene: Deutschland erneuert! Wir sind erwascht, und darum werden wir mit Waffengabeln und sichtlich bewehrten Händen als Begründer eines neuen Deutschlands wollen wir uns bekennen und am 31. Juli den richtigen Einmütigkeit abgeben.

Kreis Wittenberg

Gute Bilsnerer?

Am Sonntag gegenüber dem Vorjahr die Heilbesuche im städtischen und nachlässigen Fortschritt sehr dürftig ausgefallen ist, da trotz guter Heilbesuche die kalte Witterung und vor allem der Heilbesuch der Franzosen nicht nachschaden, scheinen die vielen in ihren Berufstätigkeiten entlassenen Familien durch eine gut einjüngende Bilsnerer wenigstens einigermaßen entschädigt zu werden.

Mutiger Abbruch eines Bierzeiss

Wittenberg, den 28. Juli.

Mehrere Männer und Frauen hatten eine Bierzeiss unternommen. Als man mit einer Kutsche nach dem Nachhauseweg antreten wollte, kam es zu einem Streit zwischen einem Heizer und einem Bauarbeiter, der in eine Messerzeiss ausartete. Polizeibeamte trennte die Wütenden. Mit dem höchsten Krankenauto brachte man beide, die sich erhebliche Verletzungen erlitten.

Kreis Schweinitz

Nationalsozialistische Schimpfhelden

Schweinitz. Am letzten Sonnabend fand im Lokal „Zum goldenen Bienen“ eine sozialdemokratische Wahlversammlung statt, in welcher der Gen. Müller (Halle) referierte. In seinem sehr lehrreichen Referat legte er klar, welche Dinge aus dem Spiele stehen und was die Regierung haben mit dem arbeitenden Volke vorhat. Zu dieser Versammlung hatte sich auch der Ortsgruppenführer der NSDAP, mit seinem Gefolge, meist 16 bis 18jährigen Jungen, eingefunden. In der Diskussion verurteilte der Referent die Straftaten von den Müller vertriebenen Punkte zu widerlegen. Jedoch verpönte er dabei einen derartigen Robl, daß fast jeder Versammlungsbesucher lachte. Als dies der wertvolle Derr merkte, forderte er sämtliche nationale Deutschen auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Mitter seinen Zuhörern folgte jedoch niemand und der liebe Herr zog nach der Gasse, um sich dort beim Gen. Müller zu erholen. Bis um 11½ Uhr die Versammlung vom Gen. Gaden geleitet wurde und sich mehrere Teilnehmer nach der Gasse begaben, wurde der Genosse Müller noch in über Art angefeindet. Die Roben, welche nun hier Herr Strobaumer führte, zeigten keine wahre „Bildung“. In ihm gefiel sich noch ein sozialistischer Herr wurde darauf ausfallen in seinen Ausdrücken, so daß er nicht nur den Gen. Müller beleidigte, sondern das Dörrerzeugnisamt Merseburg mit Ausdrücken, die Schanden und Entzuege belegte. Ueber das Benehmen des Herrn Gädter wurden Notizen genommen, so daß sich selbiger in nächster Zeit vor dem Gericht zu verantworten hat. Wohlwillig seine Vertreter des Dritten Reiches.

Die Renten sind noch so hoch

Nazi-Güter für Sozialversicherung

In einer kürzlich in Großschütz stattgefundenen Versammlung der NSDAP, erklärte der Kreisleiter Günther Goldberg, daß die deutsche Republik mit ihrem übertriebenen Ausbau der Sozialversicherung den Ruin des deutschen Vaterlandes verursacht hätte. Es müßte das deutsche Volk aus seiner wirtschaftlichen Lage herauskommen, indem durch Abgabe der Güter, die die Ausgaben der Einwohnern im Sozialstaat nicht übersteigen. Mit den Zuschüssen des Reiches hierfür müßte endlich aufgehört werden. Hier haben wir es. Das ist die wirkliche Einstellung der Nazi-Arbeiter. Ueber die Subventionen an die Großarbeiter und Industriebarone wird kein Wort verloren. Das Volk muß hungern, wenn nur die Herren leben. Vielleicht dürfen diese Nachsprüche all denen, die vielleicht schon einmal Nazi gewählt haben, zu denken geben.

2 Räuber verhaftet?

Perleberg (Ulter). In der letzten Nacht wurden von der hiesigen Landpolizei zwei Personen verhaftet, die dringend verdächtig sind, den Raubüberfall auf den Geldbriefträger der Postagentur Gens im Ortz verübt zu haben, wobei ihnen 1200 RM. in die Hände fielen. Es handelt sich um den Danen Eebenow aus Döfen in Länemare und einen gewissen Erich Müller aus Dresden. Die Verhaftung der Täter stimmt mit den Berichten genau überein. Die Verhafteten werden hier festgehalten, dem Ueberfallenen während des heutigen Tages gegenübergestellt.

Mansfelder Kreise

„Selbstentzerr“ der SA.

Wittenberg, den 28. Juli.

In letzter Nacht begingen die Wittenberger Hitlerbrüder einige bezeichnende „Selbstentzerr“, die wir nur deshalb registrieren, weil es passieren kann, daß diese beiden der Dunkelheit zu einmal an die solche Abreise geraten. Für die gerichtlichen Folgen, die sich in dem Falle ereignen, sind wir nicht verantwortlich. Es wird nicht erwiesen, daß die Wittenberger SA. bereit Sachschädigungen gemäßigten handwerksmäßig betreibt.

Vom Gebäude der Kreisverwaltung wurde in der Nacht die auf

Salzmarkt gehöige Reichsstraße heruntergehoht. Die „Selbstentzerr“ richtete sich gegen eine Erhebung der ertrunkenen „Kriese“-Bekämpfung. In der Reichsstraße wurde ein Einwohnerelement auf ein Stützungsband durchgeführt. Der Erfolg der Nazi-Regierung bestand in einigen getrimmten Fenstersteinen.

Nazi-Regierung

Stettin, den 28. Juli.

Als vor einigen Jahren von der preussischen Regierung verfügt wurde, daß Beamte der NSDAP nicht in die angeblichen Dürftigen, hatte deren Verbot nicht Wirkung zu tun, als keine Höchstgrenze zur Partei- und der Regierung zu verweigern. Dadurch setzte er neben einem Beamten den Vollen eines Kreisamtsmitgliedens von Stettin. Jetzt hat Herr Wege kaum vernommen, daß der Reichsminister die oben erwähnte Verfügung aufheben will, und schon tritt er in einer öffentlichen Versammlung in Arnstedt als Referent für Hitler auf.

Die Nazi-Barone müssen fort

Millionenvermögen in einen Wort — Sozialdemokraten!

